

Zu den Gründen für den Anstieg des Jahresüberschusses um rund 1,3 Mrd. Euro rechnet Bundesbankpräsident Axel Weber vor allem das gestiegene Zinsniveau im Euroraum, das auch das anhaltende Wirtschaftswachstum in Europa reflektiere. So verzeichnete auch Deutschland 2006 mit 2,7% das höchste Wachstum des BIP seit 2000. Der Aufschwung hat laut Bundesbank inzwischen den Arbeitsmarkt erfasst. Ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit werde den privaten Konsum stärken und könne damit einen lang anhaltenden selbsttragenden Aufschwung fördern. Ziel müsse es sein, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Weber appellierte in diesem Zusammenhang an die Politik, die gute Konjunktur jetzt entschlossen zu nutzen, um die Sanierung der Staatsfinanzen zügig voranzubringen. Anderenfalls drohe beim nächsten Abschwung ein erneuter starker Anstieg des Staatsdefizits.

Bei der Erläuterung des Jahresabschlusses mit einer 2006 um 30 Mrd. Euro auf 374 Mrd. Euro gewachsenen Bilanzsumme hob Vorstandsmitglied Hans Georg Fabritius insbesondere die deutliche Zunahme des Banknotenumlaufs hervor. Das Volumen der von der Bundesbank ausgegebenen Banknoten erhöhte sich um 26 Mrd. Euro, das heißt um 12% auf 255 Mrd. Euro. Wertmäßig sind damit 41% aller umlaufenden Euro-Banknoten von der Bundesbank emittiert worden.

Fabritius zog eine positive Bilanz der umfassenden Strukturreform der Bundesbank, die 2002 eingeleitet wurde. Das im Rahmen der Strukturreform für 2008 angestrebte Einsparziel von rund 280 Mill. Euro jährlich bei den Kosten für die betriebliche Leistungserstellung sei bereits im Jahr 2006 nahezu erreicht worden. In der Summe haben die Einsparungen aus der Strukturreform nach Angaben der Bundesbank seit 2002 den Restrukturierungsaufwand um rund 220 Mill. Euro überschritten.

Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn waren die Zinserträge in Höhe von 8,9 Mrd. Euro, von denen 7,4 Mrd. Euro auf Zinserträge in Euro entfielen. Dem standen Zinsaufwendungen von 3,4 Mrd. Euro gegenüber, so dass sich ein Nettozinsertrag von rund 5,4 Mrd. Euro ergab. Ein weiterer Ertragsfaktor waren die realisierten Gewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiergeschäften von per saldo 0,2 Mrd. Euro.

Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, werden zu Marktpreisen bewertet. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden einem „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ als Puffer zugeführt. Aus der Abwertung des US-Dollar ergab sich kein negativer Effekt auf das Jahresergebnis, denn die Bewertungsverluste in Höhe von 3,2 Mrd. Euro wurden durch den „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ voll aufgefangen. Der Ausgleichsposten beläuft sich Ende 2006 auf insgesamt 45,9 Mrd. Euro (Gold 45,0 Mrd. Euro, US-Dollar 0,7 Mrd. Euro, Wertpapiere 0,2 Mrd. Euro).

EZB: Jahresabschluss 2006

Anfang März 2007 hat der EZB-Rat den geprüften Jahresabschluss 2006 der EZB vorgelegt. Im Jahr 2006 erzielte die EZB demnach einen Überschuss von 1,379 Milliarden Euro. Das Geschäftsjahr 2005 hatte sie mit einem Überschuss in Höhe von 992 Millionen Euro abgeschlossen. Wie im Vorjahr wurde ein Betrag in Höhe des Überschusses für eine Rückstellung zur Absicherung gegen Währungs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken verwendet, wodurch sich der ausgewiesene Nettogewinn auf genau null verringerte. Die Rückstellung dient der Abdeckung von Verlusten, die sich aus den genannten Risiken ergeben können, insbesondere von Bewertungsverlusten, die nicht durch die Neubewertungskonten gedeckt sind. Das Ausmaß der Rückstellung wird jährlich überprüft.

Die Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der EZB resultieren in erster Linie aus der Anlage ihrer Währungsreserven und des eingezahlten Kapitals in Höhe von 4,1 Milliarden Euro sowie dem Zinsertrag aus ihrem achtprozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf. Infolge der Erhöhung des marginalen Zinssatzes der Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems, zu dem der Anteil der EZB am Euro-Banknotenumlauf im Eurosystem verzinst wird, und infolge der gestiegenen Zinssätze für auf US-Dollar lautende Bestände nahmen die Zinserträge im Jahr 2006 zu. Alles in allem erzielte die EZB einen Nettozinsertrag von 1,972 (1,270) Milliarden Euro im Jahr 2005. Ohne die

Bundesbank: Jahresabschluss 2006

Der Vorstand der Deutschen Bundesbank hat nach Kenntnisnahme vom uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers PwC die Veröffentlichung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2006 und die Gewinnausschüttung an den Bund für den 13. März 2007 beschlossen. Der Jahresüberschuss beträgt 4,2 (2,9) Mrd. Euro und wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz in voller Höhe an den Bund abgeführt. 3,5 Mrd. Euro des Bundesbankgewinns fließen in den Bundeshaushalt, die darüber hinausgehenden 0,7 Mrd. Euro in den Erblastentilgungsfonds.



Zinserträge in Höhe von 1,319 Millionen Euro aus dem Anteil der EZB am Euro-Banknotenumlauf betrug der Nettozinsertrag 653 (402) Millionen Euro. Die EZB leistete Zinszahlungen in Höhe von 965 Millionen Euro an die nationalen Zentralbanken (NZBen) im Zusammenhang mit deren Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB.

Die Aufwertung des Euro gegenüber dem japanischen Yen führte 2006 zur erfolgswirksamen Abschreibung des Euro-Gegenwerts der Yen-Bestände der EZB in Höhe von rund 0,6 Milliarden Euro. Einschließlich buchmäßiger Wertpapierkursverluste wurden im Berichtsjahr Abschreibungen in Höhe von insgesamt 0,7 Milliarden Euro gebucht. Die Sachaufwendungen der EZB für Personal, Gebäudemieten, Honorare und sonstige Waren und Dienstleistungen beliefen sich auf 332 (316) Millionen Euro. Ende 2006 lag der Personalstand der EZB bei 1 367 (1 351) Mitarbeitern (in Vollzeit-äquivalenten) mit unbefristeten oder befristeten Arbeitsverträgen, von denen 138 Führungspositionen bekleideten. Auf Sachanlagen wurden Abschreibungen in Höhe von 29 Millionen Euro vorgenommen.

Der Jahresabschluss sowie der Managementbericht für das Geschäftsjahr 2006 sind Teil des Jahresberichts 2006 der EZB, der am 23. April 2007 veröffentlicht wird.

Target2-Securities

Der EZB-Rat kam Anfang März 2007 zu dem Ergebnis, dass eine Einführung der neuen Wertpapierabwicklungs-Dienstleistung Target2-Securities möglich ist, und beschloss deshalb, die nächste Phase des Projekts – die Bestimmung der Nutzeranforderungen auf Grundlage der Beiträge von Marktteilnehmern – einzuleiten. Bei der Festlegung des Projektumfangs sollen die Ergebnisse eines öffentlichen Konsultationsverfahrens berücksichtigt werden. Anschließend will der EZB-Rat über die nächste Entwicklungsphase entscheiden. Diese Entscheidung ist bis Anfang 2008 zu erwarten.

Der EZB-Rat hatte am 7. Juli 2006 bekannt gegeben, er wolle „Möglichkeiten der Bereitstellung von Abwicklungsdienstleistungen für Wertpapiertransaktionen prüfen“. Zu diesem Zweck wurde der Ausschuss für

Zahlungs- und Abrechnungssysteme (PSSC) ersucht, bis Ende Februar 2007 ein Konzept und eine detaillierte Machbarkeitsstudie für das Projekt zu erarbeiten. Das Konzept beschreibt Target2-Securities (T2S) als einen an die Zentralverwahrer gerichteten Vorschlag zur Nutzung eines gemeinsamen technischen Services für die Durchführung von Abwicklungsinstruktionen. Mit T2S würden nach dem Verfahren Lieferung gegen Zahlung (delivery versus payment – DvP) Wertpapiergeschäfte in Zentralbankgeld abgewickelt werden. Die Zentralverwahrer würden ihre Beziehungen zu Intermediären, Anlegern und Emittenten sowie ihre Asset-Servicing-Aufgaben (zum Beispiel Kapitaldienste) beibehalten.

Der EZB-Rat kam auf Grundlage der Analyse des Konzepts und der Machbarkeitsstudie sowie der Beiträge der Marktteilnehmer (vor allem der Zentralverwahrer und deren Nutzer) und öffentlicher Stellen (vor allem des EU-Rats der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin), des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission) zu dem Ergebnis, dass das Projekt machbar ist, und hat deshalb beschlossen, die nächste Projektphase einzuleiten. Das Ziel dieser Phase besteht darin, gemeinsam mit den Zentralverwahrern und Marktteilnehmern Nutzeranforderungen zu erstellen, die aus der Sicht des Eurosystems innerhalb eines vernünftigen Kosten- und Zeitrahmens umsetzbar sind.

Folgende zwei Schritte stehen in der nächsten Phase (bis Ende April 2007) an: 1. Festlegung der Führungs- und Verwaltungsstruktur für das Projekt unter ausgewogener Berücksichtigung der Ansichten von Zentralverwahrern und deren Nutzern sowie der Notwendigkeit einer angemessenen Kontrolle des Projekts durch das Eurosystem. 2. Einleitung eines öffentlichen Konsultationsverfahrens, um Stellungnahmen zu den Nutzeranforderungen zu erhalten.

Der EZB-Rat beabsichtigt, Ende 2007 ein weiteres öffentliches Konsultationsverfahren abzuhalten, in dem Kommentare zu den umfassend formulierten Nutzeranforderungen erbeten werden. Erst nachdem dieses Verfahren stattgefunden hat (das heißt Anfang 2008), will der EZB-Rat über die Entwicklungsphase entscheiden. Bei der Entscheidung für beziehungsweise gegen eine Teilnahme an T2S wird von den Zentralverwahrern erwartet, die Interessen ihrer Nutzer zu berücksichtigen.

Des Weiteren hat der EZB-Rat beschlossen, dass zur bestmöglichen Nutzung von Synergien T2S innerhalb des Eurosystems entwickelt und auf der Target2-Plattform betrieben wird. Vier nationale Zentralbanken des Eurosystems (Deutsche Bundesbank, Banco de España, Banque de France und Banca d'Italia) sind bereit, T2S zu entwickeln und zu betreiben. Dabei soll auf wertvolle Erfahrungen und Expertise des Markts zurückgegriffen werden.

Das Eurosystem will öffentliche Stellen, Beteiligte und die breite Öffentlichkeit weiterhin regelmäßig und in transparenter Weise über die Fortschritte des Projekts informieren. Konzept und Machbarkeitsstudie sollen auf der Website der EZB (<http://www.ecb.int/paym/market/secmar/integr/html/index.en.html>) unter einer gesonderten T2S-Rubrik veröffentlicht werden.

Auf Anfrage der Eurosystem-Geschäftspartner beschloss der EZB-Rat außerdem, die derzeitigen Abwicklungsverfahren für das Sicherheitenmanagement des Eurosystems, insbesondere das Korrespondenz-zentralbank-Modell (CCBM), zu überprüfen. Gleichzeitig soll eine Gemeinschaftsplattform entwickelt werden, die es dem Eurosystem ermöglicht, Sicherheiten sowohl für Inlandsgeschäfte als auch für grenzüberschreitende Transaktionen zu verwalten. Grundlage dafür sind bereits bestehende Systeme wie zum Beispiel das System der Nationale Bank van België/Banque Nationale de Belgique und der De Nederlandsche Bank. In den kommenden Wochen sollen die Marktteilnehmer auch dazu aufgefordert werden, Beiträge zur Bestimmung der Nutzeranforderungen für dieses neue Verfahren zu leisten.

Bitte beachten Sie,
dass die nächste Ausgabe
aus aktuellem Anlass
am

23. April 2007

erscheinen wird.